

Cornelius Lehnguth

WALDHEIM UND DIE FOLGEN

*Der parteipolitische Umgang
mit dem Nationalsozialismus in Österreich*

Ludwig-Boltzmann-Institut für
Historische Sozialwissenschaft

campus

Inhalt

Einleitung	11
1. Forschungsinteresse	11
2. Nationalsozialismus und Gedächtnis als Forschungsgegenstand	13
3. Theoretische und methodische Zugänge: Gedächtnis und Generation	19
3.1. Gedächtnis, Narrativ und Geschichtspolitik	19
3.2. Generation und Situationsdeutung	23
3.3. Politische Generationen in Österreich	27
4. Fragestellungen und Hypothesen	53
5. Methodik, Quellen und Aufbau der Arbeit	55
Österreichische Gedächtnisgeschichte und Vergangenheitspolitik 1945–1986	58
1. Nationalsozialismus und Gedächtnisgeschichte	58
1.1. Die »Moskauer Deklaration« als »Magna Charta« der Zweiten Republik	58
1.2. Die innenpolitische Verselbständigung der Opferthese ...	62
1.3. Opferthese und Kriegsdienst	64
1.4. Der antifaschistische Rekurs auf die Opferthese ab Mitte der 1960er Jahre	66

2. Nationalsozialismus und Vergangenheitspolitik	68
2.1. Entnazifizierung und Amnestie	68
2.2. »Wiedergutmachung«	70
2.3. Exkurs: Kunstrückgabe	74
3. Nationalsozialismus und die österreichischen Parteien	77
3.1. Nationalsozialismus, Antisemitismus, Entnazifizierung und »Wiedergutmachung« im Spiegel der Gründungsparteien ÖVP, SPÖ und KPÖ	77
3.2. Die Formierung des »nationalen« Lagers	84
3.3. Die innerparteiliche Integration ehemaliger Nationalsozialisten	86
4. Zusammenfassung: Die Externalisierung des Nationalsozialismus und die Parteien	89
 Aufbruch und Beharrung 1986–1988	 91
1. Die Waldheim-Affäre und ihre geschichtspolitischen Auswirkungen	92
1.1. Die Waldheim-Affäre	92
1.2. Waldheim und die Opferthese – Geschichtspolitische Positionen der Parteien	111
1.3. Die Watch-List-Debatte 1987	126
1.4. Exkurs: Der »Republikanische Club Neues Österreich« und das zivilgesellschaftliche Engagement der Intellektuellen	135
2. Das Gedenkjahr 1988	152
2.1. Das Gedenken der staatlichen Repräsentanten	154
2.2. Das Gedenken der parteipolitischen Akteure	159
2.3. Das Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz 1988	172

3. Kulturpolitische »Stellvertreterkriege«	178
3.1. Die Kontroverse um das »Mahnmal gegen Krieg und Faschismus«	179
3.2. Die Kontroverse um »Heldenplatz«	191
4. Zusammenfassung: Aufbruch und Beharrung	200

Von der Opferthese zum offiziellen Bekenntnis zur Mitverantwortung 205

1. Vranitzkys Bekenntnis zur Mitverantwortung 1991 und die Reaktionen der Parteien und der Öffentlichkeit	206
1.1. Drei Dimensionen des Mitverantwortungsbekenntnisses	211
1.2. Das Mitverantwortungsbekenntnis in der Retrospektive der politischen Akteure	226
2. Die Wiederannäherung – Die Erklärungen von Vranitzky und Klestil in Israel	231
3. Das Gedenkjahr 1995	237
4. Zusammenfassung.	246

Vergangenheitspolitische Konsequenzen der Mitverantwortung und geschichtspolitische Gegenläufigkeiten seit den 1990er Jahren 249

Materielle Konsequenzen: Die Parteien und die »Wiedergutmachung« 249

1. Zwischen Opfer- und Mitverantwortungsthese: Die Parteien und die »Wiedergutmachung« 1988–1995	250
1.1. Der Nationalfonds für die Opfer des Nationalsozialismus	254
1.2. Die Errichtung des Nationalfonds in der Retrospektive der politischen Akteure	268

2.	Die »Holocaust Era Assets«-Debatte in Österreich	273
2.1.	Die Internationalisierung von Entschädigung und Restitution	273
2.2.	Erste Maßnahmen in Österreich – Kunstrückgabegesetz und Historikerkommission	277
2.3.	Zwangsarbeiterfonds und Allgemeiner Entschädigungsfonds	287
2.4.	Exkurs: Waldheim remixed – Die ÖVP/FPÖ-Regierung und die »EU-Sanktionen«	304
2.5.	Die Errichtung des Versöhnungs- und Allgemeinen Entschädigungsfonds in der Retrospektive der politischen Akteure	310
2.6.	»Causa Leopold«, die »goldene Adele« und die Novellierung des Kunstrückgabegesetzes	314
3.	Die Rehabilitierung der Deserteure	324
4.	Zusammenfassung: Die Parteien und die »Wiedergutmachung«	340
Ambivalente Erinnerung:		
	Die Parteien und die Erinnerungskultur	344
1.	Denkmal- und Ausstellungskontroversen	344
1.1.	Wehrmachtslegende und Opferthese – Die Kontroversen um das Stalingrad-Denkmal und die Wehrmachtsausstellung(en)	344
1.2.	Die Kontroverse um das Holocaust-Denkmal	377
1.3.	Die Kontroverse um das »Haus der Toleranz«/ »Haus der Geschichte«	398
2.	»Offizielles« Gedenken und Geschichtspolitik im narrativen Spannungsfeld internationaler, staatlicher und innerparteilicher Anforderungen	421
2.1.	Von der »Kosmopolitisierung« zur (supra-)staatlichen Institutionalisierung des Holocaust-Gedenkens	421

2.2. Das »Gedankenjahr« 2005 und der geschichtspolitische Rollback	427
2.3. Das Gedenkjahr 2008 und die Forcierung des Mitverantwortungsnarrativs	441
2.4. Der Fall »Heinrich Gross«, die SPÖ und die innerparteiliche Geschichtspolitik	445
3. Zusammenfassung: Die Parteien und die Erinnerungskultur ..	457
Fazit	461
Dank	472
Anhang: Quellen- und Literaturverzeichnis	473
1. Quellen	473
1.1. Archive	473
1.2. Periodika und Presseagenturen	473
1.3. Reden und Dokumente	475
1.4. Interviews durch den Verfasser	482
1.5. Internet	483
2. Literatur	484
3. Personenregister	522

Einleitung

1. Forschungsinteresse

Die parteipolitische Auseinandersetzung um die österreichische NS-Vergangenheit nach 1986 begann mit der »Waldheim-Affäre«. Diese Affäre um die NS- und Kriegsvergangenheit des damaligen Bundespräsidenten Kurt Waldheim trug eruptionsartig dazu bei, dass eine Vielzahl von unterschiedlichen, mitunter konkurrierenden Narrativen über die NS-Vergangenheit zum Vorschein kam, die bis dahin von der »Opferthese« als hegemonialem Meister-narrativ weitgehend verdeckt worden waren. Die Zweite Republik hatte sich nämlich seit ihrer Gründung 1945 erfolgreich auf den Standpunkt zurückgezogen, dass es sich 1938 bei dem von vielen Österreichern¹ begeistert begrüßten »Anschluss« ausschließlich um eine von außen erzwungene Okkupation gehandelt und deshalb Österreich weder eine moralische noch eine materielle Mitverantwortung für Nationalsozialismus und Holocaust zu tragen habe. Dieser Interpretation lag die Moskauer Deklaration der Alliierten aus dem Jahr 1943 als »Magna Charta« zugrunde, die Österreich als das »erste Opfer der Hitlerschen Aggression« bezeichnet hatte. Diese Sichtweise blieb zunächst auf die Außenpolitik – zur Abwehr finanzieller Verpflichtungen – beschränkt, erfuhr aber aufgrund ihres Entlastungscharakters schon bald eine »innenpolitische Verselbständigung«.² Die vielfach kodifizierte Verwendung des Opferbegriffs führte zu einer gesamtgesellschaftlichen Übernahme des Opferstatus, wodurch tatsächliche NS-Opfer sukzessive in den Hintergrund gedrängt wurden. Dadurch konnten sowohl auf der politischen als auch auf der gesellschaftlichen Ebene Voraussetzungen, Verlauf und Konsequenzen

1 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit bei Personengruppen das generische Maskulinum verwendet und nicht in weibliche und männliche Formen getrennt. Zitate werden in der ursprünglichen Fassung wiedergegeben und nicht an die neue deutsche Rechtschreibung angepasst.

2 Bailer 1994, S. 185.

des Nationalsozialismus *externalisiert* werden, gehörten sie doch angeblich nur in die Geschichte Deutschlands, nicht auch in diejenige Österreichs.³

Die Waldheim-Affäre beendete nun die mit der Opferthese einhergehende Amnesie. Der »Eiszeit der Erinnerung«⁴ folgte eine geschichtspolitische Neuorientierung, die auf eine differenziertere Bewertung der österreichischen NS-Vergangenheit abzielte. Vergangenheitspolitische Maßnahmen, die die Defizite auf dem Entschädigungs- und Restitutionssektor beheben sollten, setzten ein.⁵ Dieser Vorgang verlief jedoch weder konsensual noch linear, sondern führte zu zahlreichen heftigen Kontroversen und gegenläufigen Entwicklungen. Entscheidend an diesem Prozess beteiligt waren die im Nationalrat vertretenen Parteien, weshalb sie der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit sind. Vor dem Hintergrund der Waldheim-Debatte und des geschichtspolitischen Neuorientierungsprozesses werden die konkurrierenden Erzähl- und Handlungsmuster der Parteien im Geflecht der modifizierten Geschichts- und Vergangenheitspolitik herausgearbeitet und analysiert. Damit verbunden wird die Analyse generationsspezifischer Wahrnehmungs-, Verarbeitungs- und Handlungsmuster der (in der Regel männlichen) politischen Akteure.

Die Beschreibung und Analyse der wichtigsten geschichts- und vergangenheitspolitischen Debatten und Handlungsfelder, zu denen neben Entschädigung, Restitution und Rehabilitierung von NS-Opfern auch die staatliche Inszenierung von Gedenkjahren sowie die geschichtspolitisch relevanten Denkmals-, Museums- und Ausstellungsdebatten gehören, zielt auf eine rekonstruktive Interpretation von Prozessen des (Um-)Schreibens von Geschichte. Dieser Beitrag zur Gedächtnisgeschichte Österreichs in der Post-Waldheim-Ära soll durch die Zusammenführung von alten und neuen Quellen sowie durch einen neuen methodischen Blickwinkel die jeweiligen politischen und historiografischen Konstruktionsprozesse erhellen helfen.

3 Vgl. Lepsius 1993.

4 Zur Metapher der Eiszeit vgl. Brunnbauer 1999a.

5 Die Begriffe Vergangenheits- und Geschichtspolitik werden in dieser Arbeit komplementär benutzt: Vergangenheitspolitik deckt den politisch-justitiellen Teil einer Diktaturüberwindung ab, wozu auch die monetäre Entschädigung von Opfern zu rechnen ist; Geschichtspolitik hingegen deckt das semantische und symbolische Feld des Politischen ab. Insofern werden die Felder der Entschädigung, Restitution und Rehabilitierung der Vergangenheitspolitik zugerechnet, die Denkmal-, Ausstellungs- und Museumskontroversen sowie die Inszenierung von Gedenkjahren der Geschichtspolitik. Vgl. dazu Leggewie/Meyer 2005, S. 13.